

# Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

am Rande eines 9-stündigen Sitzungstages unterhielt ich mich mit der frisch gekürten Münchner **Faschingsprinzessin Margarethe I.** auf der Tribüne des Sitzungssaals u.a. über den Fasching 2021. Ihre Ideen für einen wegen Corona etwas anderen Fasching, eines Online-Fasching sprudelten nur so aus ihr heraus und sie zitierte **Karl Valentin: „Ein Optimist ist ein Mensch der die Dinge nicht so tragisch sieht wie sie sind.“**

Diese Woche nun, seit fast zwei Wochen befinden wir uns im „Lockdown light“. **Eine Kraftanstrengung, die wir alle gemeinsam durchstehen wollen.** Denn nur mit gegenseitiger Rücksicht und Solidarität schaffen wir es, das Coronavirus wirksam einzudämmen und eine Überlastung des Gesundheitssystems abzuwenden. Doch um den Unternehmen, die jetzt zusperrten mussten, sinnvoll zu helfen, gibt es ein weiteres unbürokratisches Maßnahmenpaket des Bundes: **Zehn Milliarden Euro stehen als Überbrückungshilfen bereit.** Damit sollen bis zu 75 Prozent des Umsatzes von November 2019 erstattet werden, die noch diesen Monat ausbezahlt werden. Wir finden, das ist ein wichtiges Zeichen des solidarischen Zusammenhalts in unserer Gesellschaft.



Und zusätzlich zu den Hilfen des Bundes steht auch der Freistaat seinen Bürgern zur Seite: **BayernFonds und großzügige Kreditvergaben werden bis Mitte nächsten Jahres weitergeführt.** Außerdem erhalten die besonders hart gebeutelten **Corona-Hotspots im Freistaat mehr Mittel** und auch das Kultusministerium unter Minister Michael Piazolo investiert kräftig in unser Bildungswesen, um gut durch die Krise zu kommen. So wurde mit dem Maßnahmenpaket zur **Aufstockung von Team-Lehrkräften, der Schaffung von 400 Schulassistentenstellen und Lüftungsmaßnahmen** die richtige Entscheidung zur Entlastung unserer Schulfamilien getroffen. Ein wichtiges Signal, denn nur gemeinsam meistern wir die Corona-Krise – wir sind „**Team Bayern**“!



**10 MILLIARDEN**



**Bund stellt für den November  
ÜBERBRÜCKUNGSHILFEN in Höhe  
von 10 Milliarden Euro bereit**



**in der Regel Erstattung von bis zu  
75 PROZENT des durchschnittlichen  
wöchentlichen Umsatzes  
im November 2019**



**schnelle und unbürokratische  
PRÜFUNG und AUSZAHLUNG  
durch die FINANZÄMTER**

**FÜR UNSERE WIRTSCHAFT**

## R ü c k b l i c k

Bei einer Aktuellen Stunde vergangenen Donnerstag im Plenum haben wir den Zusammenhalt der Menschen in Bayern betont. Denn die Pandemie betrifft ausnahmslos jeden von uns und niemand kann dem Virus im Alleingang die Stirn bieten. Stattdessen sind wir existentiell auf die Solidarität sämtlicher Mitglieder unserer Gesellschaft angewiesen: **Alle Menschen im Freistaat stehen Covid-19 gemeinsam als ‚Team Bayern‘ gegenüber.** Im Gesundheitswesen, an unseren Schulen oder im Ehrenamt – hunderttausende Bürgerinnen und Bürger leisten seit Monaten erheblich mehr, als es ihre Pflicht wäre. Zu-

sätzlich sind gigantische Wirtschaftshilfen Ausdruck des ökonomischen Zusammenhalts unserer sozialen Marktwirtschaft. **Die Politik übt dabei einen einzigartigen Schulterschluss der Demokraten über die Grenzen aller Bundesländer und Parteien hinweg.** Auch im Privaten leistet jeder Einzelne durch den Verzicht auf Kontakte, Veranstaltungen, Kunst, Kultur und Sport einen persönlichen Beitrag dazu, unsere Heimat gut durch diese schwierige Zeit zu bringen. Weil all dies für die überwältigende Mehrheit der Menschen im Freistaat selbstverständlich ist, dürfen wir uns aber auch trauen, einer lauten, unsolidarischen Minderheit die Mitwirkung an unseren gemeinsamen Bemühungen abzuverlangen. **Denn in einer Demokratie hat niemand das Recht, seine Schere an dem Netz anzulegen, das uns alle dieser Tage trägt. Meinungsfreiheit bedeutet nicht, dass unsere Gemeinschaft sich von uneinsichtigen Wirrköpfen auf der Nase herumtanzen lassen muss.** Das gilt für die regelbrüchigen Demonstranten vergangenes Wochenende in Leipzig genauso wie für die Corona-Leugner in den Reihen der AfD.



Mit einem Dringlichkeitsantrag haben wir uns dafür eingesetzt, die **Gastro-Mehrwertsteuer dauerhaft auf sieben Prozent zu senken.** Angesichts der enormen Belastungen des Gastgewerbes durch die Ausgangsbeschränkungen im Frühjahr und den zu befürchtenden Folgen des neuerlichen „Lockdown-Light“ ist ein solcher Schritt von größter Bedeutung. **21 von 28 europäischen Staaten haben einen solchen verringerten Mehrwertsteuersatz bereits realisiert.**



**Daher soll sich auch die Bundesregierung einen steuerpolitischen Ruck geben, der es Hotels und Gaststätten erleichtert, den coronabedingt anfallenden Schuldenberg abtragen zu können.** Die befristete Anwendung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für Restaurations- und Verpflegungsdienstleistungen bis zum 30. Juni 2021 reicht hierfür jedoch nicht aus. Nur eine langfristige Senkung der Mehrwertsteuer von 19 auf 7 Prozent wird den Gasthäusern helfen zu investieren. Denn eine dauerhafte Senkung der Umsatzsteuer eröffnet neue finanzielle Spielräume. Deshalb fordern wir: **Die Gastronomie in Bayern kämpft ums Überleben. Sie braucht Hilfe – jetzt!**



Bayerischer  
Landtag

18. Wahlperiode

11.11.2020 Drucksache 18/11191

#### Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibi, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeyer, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Lehren aus Corona – Einheitlich ermäßigten Umsatzsteuersatz für das Hotel- und Gaststättengewerbe

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, vor dem Hintergrund des erneuten Lockdowns („Lockdown light“), der vor allem das Hotel- und Gaststättengewerbe hart trifft, sich auf Bundesebene weiterhin dafür einzusetzen, dass die Verpflegungsleistungen dauerhaft, unabhängig von der Art der Zubereitung und des Verzehrortes, im Hotellerie- und Gaststättengewerbe einheitlich mit dem ermäßigten Umsatzsteuersatz von derzeit 7 Prozent besteuert werden.

Die Staatsregierung wird ferner aufgefordert, schnellstmöglich eine Bundesratsinitiative vorzunehmen.

Mit  
ei-



Tobias Gotthardt, MdL, Vorsitzender im Europaausschuss und europapolitischer Sprecher zur Sachverständigenanhörung „Seenotrettung im Mittelmeer“

nem weiteren Dringlichkeitsantrag wollen wir für mehr **Transparenz bei den Corona-Schutzmaßnahmen** sorgen. Aktuelle Fakten über Inzidenzzahlen, Hospitalisierung und Auslastung der Intensivbetten müssen klar, verständlich und leicht zugänglich sein – nur so können wir die Akzeptanz für die verordneten Maßnahmen erhöhen. Ein solches Informationsportal kann beispielsweise beim Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) angesiedelt sein, das bereits seit Ausbruch der Pandemie umfangreiche Materialien publiziert und fortwährend aktualisiert. **Wir haben es inzwischen mit einer regelrechten Informationsflut zu tun, die für Verunsicherung und Überforderung in der Bevölkerung sorgt.** Für die Bürgerinnen und Bürger wird es zunehmend schwieriger, zwischen offiziellen Informationen und einschlägiger Meinungsmache zu unterscheiden. Zudem sind die Informationen, die auf den staatlichen Plattformen der Landesministerien oder des RKI angeboten werden, mittlerweile sehr umfangreich. **Wegen der**

**Dynamik des Infektionsgeschehens genügt es nicht mehr, auf die geltenden, teils schwerverständlichen Verordnungen auf den Internetseiten der Ministerien zu verweisen.** Stattdessen wollen wir alle relevanten Informationen bündeln. **Ziel muss sein, dass sich Nutzerinnen und Nutzer über die geltenden Regelungen und Empfehlungen zur Corona-Lage und die regionalen Infektionszahlen leicht informieren können.** Denn Transparenz fördert Akzeptanz. Das ist die wichtigste Voraussetzung, um das hochinfektiöse Coronavirus wirksam und dauerhaft einzudämmen.

Hans Friedl MdL, Sprecher für Wohnen und Bauen: **„Bauen muss bezahlbarer werden!“**

„Seit vorletztem Jahr profitieren Häuslebauer in Bayern von der Eigenheimzulage. Noch bis zum 31. Dezember 2020 können sie einen Antrag auf Eigenwohnraumförderung stellen – und durchgeführte Gewerke geltend machen. **Da wegen der Corona-Pandemie jedoch viele Handwerksbetriebe schließen mussten und**



**es gerade im Innenausbau zu teils erheblichen Verzögerungen gekommen ist, fordern wir als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion bereits seit Spätsommer, die Eigenheimzulage bis zum 30. Juni 2021 zu verlängern. Bisher sind wir jedoch am Widerstand unseres Koalitionspartners gescheitert.** Umso erfreuter bin ich, dass unsere guten Ideen offensichtlich doch Niederschlag finden: Nachdem unser diesbezüglicher Antrag gestern erneut abgelehnt worden ist, hat die Junge Union heute dazu aufgerufen, das Baukindergeld des Bundes über den 31. März 2021 hinaus zur Verfügung zu stellen und auch die bayerischen Fördermöglichkeiten über die bisherige Befristung weiter auszuzahlen. **Sollte unser Koalitionspartner seinen jungen Mitstreitern folgen und unserem Vorschlag so doch noch zur politischen Realität verhelfen, wäre das ein**

**wichtiger erster Schritt, um junge Bauherren auch im kommenden Jahr zu entlasten.** Das reicht aber noch nicht. In einem zweiten Schritt muss endlich über die **Abschaffung der Grunderwerbssteuer für eigengenutzte Immobilien** sowie aller weiteren staatlichen Baunebenkosten nachgedacht werden. Denn nur, wenn Bauen in Bayern endlich schneller, einfacher und vor allem bezahlbarer wird, können wir die enorme Wohnraumnachfrage der kommenden Jahre bewältigen.“

Außerdem haben wir uns gegen die geplante Grundsteuer C starkgemacht. Hans Friedl weiter: „**Diese neue Baulandsteuer lehnen wir ab, da wir Vorteile für unsere Gemeinden nicht erkennen können.** Kein Grundstücksbesitzer wird beim derzeitigen Wertzuwachs wegen weniger hundert Euro zusätzlicher Grundsteuer sein Grundstück verkaufen. In der Folge werden Gemeinden auch nicht mehr Baugrundstücke zur Verfügung stehen. **Der gewünschte Effekt der Grundsteuer C wird in der derzeitigen Situation, die kein Abflachen der Wertsteigerungskurve erkennen lässt, also schlicht nicht eintreten.**“ Hinzu kommt, dass die Kommunen mittels einer Grundsteuer C keine nennenswerten Mehreinnahmen generieren können – der zu erbringende **Verwaltungsaufwand steht außerdem in keinem Verhältnis.** Wir FREIE WÄHLER im Landtag machen uns stattdessen für ein einfaches Grundsteuersystem ohne zusätzliche Bürokratie stark. Eine Steuerschraube nach dem Motto ‚und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt‘ wird es mit uns nicht geben.

**Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien eine schöne Herbstwoche – Gott schütze Sie und bitte bleiben Sie gesund!**

**Impressum Büro MdL Hans Friedl, am Weinberg 26b, 82239 Alling**